

Nepal im Überblick

zusammengestellt von Thomas Döhne

Wiederaufbau von militärischen Einrichtungen

Die nepalische Armee kann nicht mit dem Wiederaufbau der während des Erdbebens beschädigten militärischen Infrastruktur beginnen, weil die dafür beantragten Haushaltsmittel bisher nicht bewilligt wurden. Die Armee geht von einem finanziellen Bedarf von fünf Milliarden Rupien aus, um die Schäden an 1109 militärischen Einrichtungen, etwa an Gebäuden im Armeehauptquartier, an Unterkünften und Wachposten zu reparieren. Laut Armeangaben müssen 372 Gebäudestrukturen vollständig neu aufgebaut werden, bei 736 Gebäuden stehen umfangreiche Reparaturen und Instandhaltungsmaßnahmen an. Wie aus dem Finanzministerium verlautet, können die Mittel erst nach sorgfältiger Prüfung der von der Armee vorgelegten Rekonstruktionspläne bereitgestellt werden. „Der Wiederaufbau von zerstörten Gebäuden der Sicherheitsorgane bildet einen Schwerpunkt unserer Arbeit; allerdings kommt es zu Verzögerungen, weil einige der von der Armee vorgelegten Projekte nicht von der nationalen Planungskommission genehmigt wurden“, sagt Madhusudhan Adhikari, stellvertretender Leiter der Behörde für nationalen Wiederaufbau. In zahlreichen vom Erdbeben betroffenen Distrikten ist auch das Sicherheitspersonal von Polizei und Armee in Zelten und anderen provisorischen Einrichtungen untergebracht.

Aktivitäten der Antikorruptionskommission

Die staatliche Kommission zur Untersuchung von Amtsmissbrauch CIAA (*Commission for the Investigation of Abuse of Authority*) hat im vergangenen Haushaltsjahr 2071/2072 B.S. (entspricht in etwa dem Zeitraum 2014/2015 nach europäischer Zeitrechnung) 21.648 Beschwerden bearbeitet, davon 14.748 im Zentralbüro in Kathmandu und 6.843 in den CIAA Regionalbüros. Insgesamt hatte die CIAA 31.213 Beschwerden erhalten, während es im Jahr zuvor noch 22.602 gewesen waren. Die CIAA leitete 303 Verfahren beim zuständigen Sondergericht ein, im Jahr zuvor waren es 168 Fälle. Gegen 903 Personen, davon 828 Männer und 75 Frauen, wurde Anklage erhoben. „Das Sondergericht hat in 108 Fällen Urteile verhängt, das ist eine Trefferquote von 82 Prozent“, sagte Kommissionsleiter Lokman Singh Karki in seiner Rede anlässlich der Übergabe des

Jahresberichts an Präsidentin Bidya Devi Bhandari. Dabei seien über 120 Millionen Rupien und circa 660 Ropani unrechtmäßig angeeignetes Land konfisziert und unter staatliche Kontrolle gestellt worden. Im Vorjahr waren es noch 213 Ropani. Karki forderte in seiner Rede, die Kompetenzen der CIAA auszuweiten, und verwies auf Passagen in dem Bericht, wonach es im vergangenen Jahr beim Kauf und der Verteilung von Hilfsgütern an Erdbebenopfer zu massiven Unregelmäßigkeiten gekommen sei.

Untersuchungskommission zum erzwungenen Verschwinden von Personen

Die Untersuchungskommission zum erzwungenen Verschwinden von Personen (CIEDP – *Commission for Investigation on Enforced Disappeared Persons*) hat eine Gesetzesvorlage erarbeitet, die darauf zielt, den Akt des Verschwindenlassens von Personen unter Strafe zu stellen. Der Entwurf von CIEDP sieht vor, das Gesetz rückwirkend auch auf Fälle aus der Zeit des Maoistenaufstands anzuwenden. Die Regierung hatte die Kommission gebildet, ohne ein entsprechendes Gesetz zu verabschieden, das das erzwungene Verschwinden von Personen kriminalisiert, womit sie Vorgaben des Obersten Gerichts ignorierte, den *Transitional Justice Act* entsprechend zu überarbeiten. Sie sah sich deshalb dem Vorwurf von Zivilgesellschaft, Menschenrechtsorganisationen und internationaler Gemeinschaft ausgesetzt, eine zahnlose Übergangsjustiz etablieren zu wollen, bei der die schweren Verbrechen aus der Konfliktzeit nicht mehr strafrechtlich aufgearbeitet würden. Der Gesetzentwurf sieht je nach Schwere der Tat Haftstrafen von bis zu 15 Jahren und Geldstrafen von bis zu 500.000 Rupien vor. Die Angaben zur Zahl der Verschwundenen sind uneinheitlich: Das Nationale Netzwerk der Familien von Verschwundenen (NEFAD – *National Network of Families of Disappeared and Missing Nepal*) hat eine Liste mit 1350 Verschwundenen zusammengestellt. Das Internationale Komitee des Roten Kreuzes (ICRC – *International Committee of the Red Cross*) geht von 1361 Personen aus und das Friedensministerium von 1530 Personen.

Kommunalwahlen in Aussicht gestellt

Die Regierung plant mittelfristig die Durchführung von Kommunalwahlen und hat dem Parlament einen

entsprechenden Änderungsentwurf für den *Local Self-Governance Act, 2055 BS* und die dazugehörige Wahlverordnung (*Local Election Regulations*) zur Abstimmung vorgelegt. Der stellvertretende Ministerpräsident und Minister für föderale Angelegenheiten, Kamal Thapa, bat die Abgeordneten um ihre Zustimmung zu den geplanten Änderungen. Die letzten Lokalwahlen in Nepal waren 1997 abgehalten worden; während des Maoistenaufstands waren die lokalen Körperschaften 2002 von der Regierung unter dem damaligen Ministerpräsident Deuba aufgelöst worden. Seither gibt es in den heute 217 Stadtverwaltungen und 3157 *Village Development Committees* (VDCs) im Land keine gewählten Stadt- und Gemeinderäte mehr.

Human Rights Watch kritisiert neue Verfassung

Die in New York ansässige Menschenrechtsorganisation *Human Rights Watch* (HRW) hat in ihrem Jahresbericht 2015 die neue Verfassung in Nepal als unzulänglich kritisiert, da sie die Probleme vieler Menschen nicht hinreichend angehe. Stattdessen seien weitere Hindernisse für die Anerkennung der Bürgerrechte von Kindern, die von einer nepalischen Mutter und einem ausländischen Vater in Nepal geboren werden, geschaffen worden. „Nepal hat Jahre Zeit gehabt, um eine Verfassung zu diskutieren und vorzubereiten, die den Erwartungen aller Lebensgemeinschaften entspricht, wie etwa der großen Gruppe der staatenlosen Bevölkerung“, erklärte Brad Adams, der Asienleiter von HRW anlässlich der Veröffentlichung des Berichts. „Stattdessen haben die großen politischen Parteien die Wirren der humanitären Krise dazu genutzt, eine Verfassung zu verabschieden, die nicht mit der Verletzung der Rechte vieler Bürger Schluss macht, sondern die humanitäre Krise noch verschärft.“

Anhaltende Erdbebengefahr

Der Himalaja ist ein Faltengebirge, das als Folge der Plattenkollision Indiens mit Eurasien entstanden ist. Wie aus einer Studie des Wissenschaftsjournals *Nature Geoscience* hervorgeht, hat das schwere Erdbeben vom 25. April 2015 einen Riss in der 50 Kilometer breiten Hauptfaltung des Gebirges verursacht, der jedoch nicht bis zur Oberfläche durchging, sondern in circa 11 Kilometern unterhalb des Kathmandu-Tals stoppt. Daher besteht angesichts anhaltender tektonischer Spannungen die Gefahr, dass jederzeit ein vollständiger Bruch erfolgt. Das Untersuchungsteam

um die beiden Wissenschaftler J. R. Elliott und R. Jolivet geht davon aus, dass durch das Erdbeben vom 25. April 2015 eine große flache Region der Hauptfaltung südlich von Kathmandu nur angerissen ist und nachträglich abreißen kann. Das Kathmandu-Becken wurde durch die Erdverschiebungen um einen Meter angehoben. Gleichzeitig hat sich der Hochgebirgszug im Norden um 0,6 Meter gesenkt. Falls es tatsächlich zu einem vollständigen Durchbruch kommt, würde daraus ein Erdbeben von ähnlicher Stärke entstehen, aufgrund der Oberflächennähe dann mit möglicherweise noch verheerenderen Konsequenzen für die Bewohner des Kathmandu-Tals.

Stromrechnung nicht bezahlt

Ex-König Gyanendra Shah hat in den vergangenen sieben Jahren seine Stromrechnungen nicht bezahlt, vermeldet die staatseigene Elektrizitätsgesellschaft *Nepal Electricity Authority* (NEA) im Januar. Seit Gyanendra 2008 vom *Narayan Hiti* Königspalast in den königseigenen, im nördlichen Teil des Kathmandu-Tals gelegenen *Nagarjuna* Palast umgezogen ist, wurde laut NEA keine Stromrechnung mehr bezahlt. Trotz mehrfacher Ermahnungen hätten sich königliche Mitarbeiter geweigert, die Stromrechnungen entgegenzunehmen. Dadurch sei der NEA ein Verlust von 7 Millionen Rupien entstanden. Die Elektrizitätsgesellschaft droht damit, den Strom abzustellen, wenn das Geld nicht innerhalb der nächsten zwei Monate überwiesen würde.

Hilfsgelder für Wiederaufbau nach Erdbeben

Bisher konnte die Regierung erst 23 Prozent der während der Internationalen Konferenz zum Wiederaufbau Nepals (ICNR - *International Conference on Nepal's Reconstruction*) am 25. Juni 2015 zugesagten Gelder vertraglich sichern. Die internationalen Partner hatten damals 4,11 Milliarden US-Dollar an Hilfsgeldern zugesichert, davon 1,97 Milliarden als nicht-rückzahlende Zuwendungen und 2,14 Milliarden in Form zinsgünstiger Kredite. Wie die erst seit kurzem autorisierte nationale Behörde für Wiederaufbau (NAR) mitteilte, konnten bisher nur 956 Millionen US-Dollar vertraglich gesichert werden, davon 864 Millionen als nicht-rückzahlbare Zuwendungen und knapp 92 Millionen als zinsgünstige Kredite. Die höchste dieser vertraglich abgesicherten Zuwendungen betrifft mit knapp 509 Millionen den Hausbau, wovon die Weltbank und die *International Development Association* (IDA), ein von der Weltbank verwalteter Fonds zur Unterstützung der ärmsten Länder,

jeweils 200 Millionen US-Dollar für den Wiederaufbau von zerstörten Häusern bereitstellen werden. Die japanische Regierung hat sich zu einer Kreditvergabe von knapp 99 Millionen US-Dollar verpflichtet, China zu einer nicht-rückzahlungspflichtigen Zuwendung in Höhe von 10 Millionen US-Dollar. Bisher konnte die NAR allerdings die vorhandenen Mittel noch nicht verwenden, da es noch keine detaillierte Einschätzung der bei Privathäusern durch die Erdbeben entstandenen Schäden gibt. Nach vorläufigen Angaben der NAR sollen über 590.000 Häuser komplett zerstört worden sein. Auch mit der *Asian Development Bank* (ADB) wurde ein verbindliches Kreditabkommen unterzeichnet, das ein Darlehen in Höhe von 200 Millionen US-Dollar sowie nicht-rückzahlungspflichtige Zuwendungen von 15 Millionen US-Dollar für den Wiederaufbau von Schulen vorsieht. Deutschland hat 34 Millionen US-Dollar Hilfszahlungen vertraglich zugesichert, die zum Wiederaufbau historisch und kulturell bedeutsamer Stätten sowie im Energie- und Gesundheitssektor verwendet werden sollen.

Zerstörtes Weltkulturerbe

Ein Team internationaler und nationaler Experten der archäologischen Abteilung der englischen Durham Universität hat eine Reihe von Untersuchungen und Ausgrabungen an Monumenten im Kathmandu-Tal durchgeführt, die zum UNESCO Weltkulturerbe zählen. Durch das große Erdbeben vom 25. April 2015 und Hunderten von Nachbeben wurden zahlreiche historisch und kulturell bedeutsame Kulturgüter beschädigt oder zerstört. Einen Schwerpunkt bildeten die Palastplätze der historischen Königsstädte in Kathmandu, Bhaktapur und Patan. Das Forscherteam verwendete Radar und moderne elektronische Geräte, mit deren Hilfe sich der Untergrund durchleuchten lässt, um die archäologische Beschaffenheit der betreffenden Tempel und Monumente zu untersuchen und ein besseres Verständnis der aufgetretenen Schäden zu erhalten. „Unsere Pilotuntersuchungen dienen dazu, die dynamischen Historien und Entwicklungen der drei Palastplätze zu illustrieren und die Architekten und Ingenieure über die Beschaffenheit der Fundamente der kollabierten Monumente zu informieren. Dabei zeigt sich die über Jahrhunderte andauernde, enorme Widerstandsfähigkeit der traditionellen Techniken und Bauweisen in einer seismisch sehr aktiven Region. Dies wird bei einer behutsamen Rekonstruktion der kollabierten und beschädigten Monumente helfen und zugleich sicherstellen, dass die noch älteren, unter der Oberfläche liegenden archäologischen Strukturen erhalten bleiben“, erklärte

der Leiter des Forschungs-Teams Prof. Coningham.

Über zwei Jahre im Hungerstreik

Ganga Maya Adhikari befindet sich mit kurzen Unterbrechungen seit über zwei Jahren in einer langen Serie von Hungerstreiks. Sie will die Behörden zwingen, endlich rechtliche Schritte gegen die Verantwortlichen für die Entführung und Ermordung ihres Sohnes einzuleiten. Ganga Maya und ihr am 23. September 2014 während des Hungerstreiks verstorbener Ehemann Nanda Prasad Adhikari hatten erstmals im Januar 2013 vor der Residenz des Ministerpräsidenten in Baluwatar einen unbefristeten Hungerstreik begonnen. Damit wollten sie auf das Schicksal ihres Sohnes Krishna Prasad aufmerksam machen. Dieser war im Juni 2004 von maoistischen Kadern in Ratnanagar, Chitwan Distrikt, entführt, grausam misshandelt und schließlich ermordet worden. Nach dem Tod ihres Mannes hatte Ganga Maya den Hungerstreik über insgesamt 360 Tage fortgesetzt und erst im Oktober 2015 beendet, nachdem Regierungsvertreter eine fünf Punkte umfassende Übereinkunft mit ihr getroffen hatten. Seither hat sie unter ärztlicher Aufsicht wieder flüssige Nahrung zu sich genommen. Sie wartet immer noch darauf, dass die Justiz endlich aktiv wird, und weigert sich, die Beerdigungsriten für ihren verstorbenen Mann zu vollziehen, so lange diese untätig bleibt. Die nationale Menschenrechtskommission (NHRC – *National Human Rights Commission*) hatte den Fall vor sieben Jahren untersucht und der Regierung empfohlen, rechtliche Schritte gegen die Schuldigen einzuleiten. Dies hatte die damalige Regierung wiederholt zugesagt, ohne jedoch das Versprechen einzulösen.

Tote Arbeitsmigranten in Saudi-Arabien

277 nepalische Arbeitsmigranten sind 2015 allein in Saudi-Arabien gestorben; dies geht aus Angaben der nepalischen Botschaft in Riad hervor. Die meisten von ihnen sollen ohne Fremdeinwirkung eines „natürlichen Todes“ gestorben sein. Im Jahr zuvor, 2014, waren dort 229 Todesfälle registriert worden. Nach Angaben des Stellvertretenden Botschafters Ananda Prasad Sharma seien Herz-Kreislauf-Versagen und Hirnlähmung die häufigsten Todesursachen. Einige der Verstorbenen seien im Schlaf gestorben. Die harte Arbeit in großer Hitze auf Baustellen und der anschließende Wechsel und Aufenthalt in klimatisierten Schlafräumen stellten eine extreme Belastung für den Kreislauf dar. Einige der Todesfälle gehen auf Verkehrsunfälle, Selbstmord und Mord durch Arbeitskollegen zurück.